

Damit sind wir am Ende der Einzelabstimmungen und kommen zur Gesamtabstimmung zum Haushalt des Einzelplans 10. Wer möchte der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8010** zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 10 beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/8004 sowie Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Es spricht als erster Redner zu diesem Haushaltsplan für die SPD-Fraktion Herr Kollege Sichau.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heiße Luft im vierten Jahr! Wiederum kaum etwas von Ihren großspurigen Versprechungen von vor der Wahl 2005, obwohl – wir haben es hier schon oft diskutiert – die finanzielle Situation viel günstiger war.

Um ein Wort des Propheten Jesaja aufzugreifen: Ein Restchen davon ist jedoch geblieben. Die Rede ist davon, dass die Koalitionsfraktionen 90 Stellen für Richter und Staatsanwälte ausgebracht haben. Das Justizministerium hat das sogar in einer eigenen Pressemitteilung gefeiert. Im Rechtsausschuss dagegen war davon noch gar keine Rede.

Nur, schauen Sie auf die Finanzierung: Per globaler Minderausgabe soll das finanziert werden. Das ist nicht unproblematisch. Denn das Risiko ist gegeben, dass ein Loch aufgerissen wird, um damit ein anderes Loch zu stopfen. Zugleich ist mit einer solchen Finanzierung für alle Beteiligten ganz deutlich: Mehr ist nicht drin! Damit sind alle Versprechungen beerdigt.

Im Übrigen, Frau Ministerin, fehlt hier im Haushaltsplan eine gewisse Trennschärfe zwischen Richtern und Staatsanwälten auf der einen Seite und Beamten des höheren Dienstes auf der anderen Seite, sodass man das nicht immer ganz genau nachvollziehen kann.

Ansonsten machen Sie auch in Diskussionen im Ausschuss immer wieder geltend, dass Sie kw-Vermerke an Stellen für Richter und Staatsanwälte aufgehoben haben. – Okay, nur ist damit keine einzige neue Stelle geschaffen worden. Im Übrigen haben das Schieben und auch das Aufheben von kw-Stellen eine lange Tradition, römisch gespro-

chen: „Nihil novi sub luna.“ Das heißt: „Nichts Neues unter dem Mond“.

Apropos Staatsanwaltschaften: In Sachen Zumwinkel sind Sie bezüglich des verfassungsmäßigen Informationsrechts des Parlaments noch eine Antwort schuldig. Wie sah die Absprache zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung aus? Eine Antwort wie „Ist mir nicht bekannt“ ist da unzureichend.

Ob die Staatsanwaltschaft Bochum – wenn wir schon dabei sind – eher ein Augiasstall ist: Diese Klärung steht im Übrigen auch noch aus. Ich hätte mir von Herrn Generalstaatsanwalt P. gewünscht, dass er als früherer Behördenleiter die Prüfung von sich aus abgegeben hätte.

Ich komme nun zu den zusätzlichen Vollzugsbediensteten nach der Siegburger Tragödie. Der Bau der viel zu großen Jugend-JVA in Wuppertal-Ronsdorf rückt näher, ebenso wie die viel zu große Erweiterung der Jugend-JVA Heinsberg.

Wir werden dann sehen, wo der jetzt in Ausbildung befindliche Zuwachs bleibt; denn dort werden natürlich ausgebildete Bedienstete gebraucht, und zwar mehr, als in den bisher vorhandenen Anstalten gearbeitet haben – zumal diese weitgehend am Netz bleiben.

Dabei bleibt zusätzlich die Frage, wie viele der zusätzlichen Stellen überhaupt besetzt sind. Sind es 40 %, 60 %, oder wie viele sind es?

Angemerkt sei an dieser Stelle noch Folgendes: Die Transparenz, die nach Siegburg entstand, ist schnell auf der Strecke geblieben. Der schlimme Vorfall in Gelsenkirchen ist ein Beleg dafür.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das war doch viel früher!)

– Siegburg war nicht früher, Herr Schmitz. Das Datum von dem, was in Siegburg geschah, steht fest. Das, was danach passieren sollte, ist auch klar. Ich denke nicht, dass wir dahinter zurückwollen. Aber wenn Sie das wollen, müssen Sie das sagen.

Inzwischen – damit komme ich zu einem weiteren Punkt – ist von bis zu 55 % Suchtkranken im Strafvollzug die Rede. Dazu passt unser kleiner, aber mit Deckung versehener Antrag zur Drogenhilfe genau. Sie könnten dem eigentlich nur zustimmen; denn nach dem Kahlschlag bei den Suchtkrankenhilfestellen im Gesundheitshaushalt ist im Justizhaushalt nur ein Teilausgleich erfolgt.

(Helmut Stahl [CDU]: Viel mehr, viel mehr!)

– Nein, darüber haben wir schon so oft diskutiert. Nehmen Sie einmal den Rechenstift zur Hand. All das, was Sie jetzt versuchen, ist nichts anderes als pure Gaukelei. Es ist unter dem Strich nach wie vor weniger.

Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben: also raus aus der Rationierung bei der Drogenhilfe im Vollzug à la Willich I, wo es heute schon Wartezeiten bis 2011 gibt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Frau Ministerin, ich komme schließlich zu der von Ihnen beabsichtigten Reduzierung der Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe, das heißt: zu Ihrem Anschlag auf den verfassungsmäßigen Zugang zur Rechtsprechung. Dabei hatten wir – um das am Haushalt festzumachen – keinen solch massiven Anstieg. Im Gegenteil, 2007 waren die Kosten sogar rückläufig.

Wenn ich das von Ihnen genannte Bild vom Gutmenschen und den Prügelmaiden – „Maiden“ sind hier Knaben im Sinne meiner Rede – einmal in einen anderen Rahmen stelle – „Reframing“ genannt – und es auf unsere Verfassung beziehe, stelle ich fest: Für Sie kann dann in der Tat nur das Bild von der Prügelmaid übrig bleiben – für eine Rechtspflegeministerin, die, dankenswerterweise erfolglos, ausgerechnet den Zugang zum Recht erschweren, das heißt verschlechtern wollte.

Zusammengefasst gesagt: Einen solchen Einzelplan können wir nur ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Sichau. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Giebels das Wort.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Der Justizetat für das Jahr 2009 setzt den Kurs der Modernisierung der Justiz, aber eben auch die Abarbeitung der rot-grünen Versäumnisse – Herr Kollege Sichau – und die Verstärkung der Bekämpfung der Kriminalität, hier insbesondere die Bekämpfung der Jugendkriminalität, erfolgreich fort.

(Beifall von der CDU)

Herr Kollege Sichau, ich war jetzt schon enttäuscht über Ihren Beitrag zum Justizhaushalt, denn Sie sind auf wesentliche Punkte des Haushalts überhaupt nicht eingegangen, sondern haben andere Themen in den Vordergrund gestellt.

Tatsache ist, dass die Vorgängerregierung und die sie seinerzeit tragenden Fraktionen der SPD und der Grünen während ihrer Verantwortungszeit in der Justiz erhebliche Personalreduzierungen durchgeführt haben, und zwar bei der Richterschaft, den Staatsanwälten und auch im Vollzugsdienst. Sie haben es so weit getrieben, dass im Vollzugsdienst nicht einmal mehr ausgebildet wurde. Das ist etwas, was wir jetzt langsam aufholen müssen.

Tatsache ist weiter, dass die CDU-geführte Landesregierung, wie versprochen, diesen Stellenabbau

gestoppt hat; denn auch hier gilt unser Leitspruch: Versprochen – gehalten.

In unserem Programm zur Wahl 2005 heißt es unter anderem: Der Personalabbau in den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereichen ist zu beenden. – Versprochen – gehalten.

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU-geführte Landesregierung hat die Justiz eine erhebliche Personalverstärkung erhalten: für den Justizvollzug 450 neue Stellen und für die Staatsanwaltschaft sowie für die Gerichte 550 Stellen.

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 waren insbesondere zur Bekämpfung der Jugend- und Wirtschaftskriminalität sowie aufgrund der deutlich gestiegenen Belastungen der Sozialgerichte 35 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte vorgesehen.

Herr Kollege Sichau, Sie haben es vorhin angesprochen: Mit unseren Anträgen haben wir im zuständigen Ausschuss in konsequenter Fortführung unserer Politik der Kriminalitätsbekämpfung auf allen Ebenen – ich darf hier nur an die Einrichtung von 600 zusätzlichen Anwärterstellen bei der Polizei erinnern – einen weiteren deutlichen Personalzuwachs auf den Weg gebracht.

Zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und auch zur Bekämpfung der Jugendkriminalität haben wir über den Haushaltsentwurf hinaus 55 weitere Stellen für Richter und Staatsanwälte eingeplant. Hierüber freue ich mich sehr, da die Bekämpfung der Jugendkriminalität mir und der gesamten CDU-Fraktion besonders am Herzen liegt. Mein besonderer Dank gilt hier meinen Kollegen aus dem Arbeitskreis Recht.

Bemerkenswert ist das Abstimmungsverhalten der Grünen im Unterausschuss „Personal“, in dem die Personalverstärkung debattiert worden ist. Dort haben wir als Koalitionsfraktionen die Einrichtung von zusätzlichen neuen Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen beantragt. Was machen die Grünen? – Sie stimmen dagegen. Gleich wird aller Voraussicht nach Frau Kollegin Düker für die Grünen wieder die Überlastung der Justiz anprangern – im Gegensatz zu dem Abstimmungsverhalten der Grünen im Unterausschuss „Personal“. Das ist aber widersprüchlich, und das macht Sie, Frau Kollegin, auch unglaubwürdig, wenn Sie im Unterausschuss „Personal“ gegen eine Personalverstärkung votieren und hier höchstwahrscheinlich wie immer die Überlastung beklagen.

Nicht nur beim Personal, sondern auch bei den Investitionen in Gebäude sind wir aktiv. Hier sind zurzeit Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 500 Millionen €, also einer halben Milliarde €, in Arbeit. Ich nenne exemplarisch die Neubauten des Amts- und Landgerichts Düsseldorf, des Amtsgerichts Mettmann sowie aus dem Bereich der Justizvollzugsanstalten die Erweiterungen bzw. Neu-

bauten der JVA Attendorn, der JVA Düsseldorf, der JVA Heinsberg und der JVA Wuppertal-Ronsdorf.

Ich sage ganz deutlich: Ronsdorf ist nicht zu groß dimensioniert. Denn wir wissen alle, dass wir gerade bei einer Jugendanstalt eine Mindestgröße brauchen, um zum Beispiel ein gewisses Angebot an schulischer Ausbildung oder beruflicher Bildung in dieser Anstalt unterbreiten zu können. Dazu braucht man eine Mindestgröße. Und die Planungen für Wuppertal sind nicht übermäßig.

Mit den genannten Einrichtungen und Projekten schaffen wir Hunderte von neuen, moderneren Haftplätzen. Wir verbessern damit die Haftbedingungen, die Möglichkeiten für moderne Vollzugsmaßnahmen und damit auch die Chancen für mehr Resozialisierungserfolge und somit für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Aber auch außerhalb der Bereiche Personal und Immobilien modernisieren wir die Justiz Schritt für Schritt. In diesem Haushalt sind besondere Mittel für die Ausbildung von Richtern zu Mediatoren vorgesehen. Auch in die begleitende Forschung investieren wir Mittel. Gelder stehen auch für die Begleitforschung des Erfolgsmodells „Gelbe Karte“, für die Evaluation des „Staatsanwalts vor Ort“ oder für die weitere Erforschung des Problemfelds Intensivtäterkriminalität bereit. All das sind wichtige Bausteine – insbesondere zur Bekämpfung der Jugendkriminalität –, die wir zukünftig landesweit weiter ausbauen möchten.

Nicht nur in sich setzt der Einzelplan 04 Maßstäbe, sondern auch in der Relation zu dem Gesamthaushalt, den wir im Plenum verabschieden und der um gut 1 % wächst. Der Justizetat wächst sogar um gut 3 %. Auch aus diesen Zahlen können Sie ersehen, dass in der Koalition von CDU und FDP alle Bereiche der Justiz – Staatsanwaltschaften, Gerichte und Vollzug – gleichermaßen einen außerordentlichen Stellenwert haben. Dieser Stellenwert zeigt sich im Haushalt und natürlich in der praktischen Politik. Wir modernisieren die Justiz, und wir kämpfen aktiv gegen Kriminalität und leisten so – auch mit diesem Etat, dem wir gerne zustimmen – unseren Beitrag zum Lebens- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das der Generalangriff der Opposition im Justizbereich war, haben wir nicht viel falsch gemacht. Ich habe jedenfalls nicht den Eindruck, dass wir Großes fürchten müssten. Das Ganze ist vielmehr das

Klein-Klein-Karo, das wir auch aus dem Ausschuss gewöhnt sind.

Was war das Highlight sozialdemokratischer Politik im letzten Jahr? – Lassen wir die Kritik an der einen oder anderen Sache, die im Vollzug passiert ist, außen vor. Der einzige inhaltliche Antrag der Sozialdemokraten war, wir mögen bitte die Zusammenlegung der Amtsgerichte in verschiedenen Städten wie Gelsenkirchen und Herne verhindern.

Wer sich diese Anträge durchliest, weiß: Das Land braucht diese Opposition nicht, und diese Regierung sollte wieder bestätigt werden. Ehrlich gesagt, weiß ich im Moment nicht, wofür die Opposition in diesem Parlament gebraucht wird. Wenn sie uns kontrollieren soll, gibt es entweder nichts zu kontrollieren, oder sie findet nichts.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]:
Sie haben etwas vergessen, Herr Dr. Orth!)

Sie sagen immer wieder Siegburg. Siegburg muss bei Ihnen einfach für alles herhalten. Sie müssen aber bitte eines zur Kenntnis nehmen: Nicht jeder Gewaltfall im Strafvollzug ist eine Wiederholung von Siegburg.

(Frank Sichau [SPD]: Wer sagt das denn?)

Nicht alle, die im Gefängnis einsitzen, sind frei von Gewalt; denn deswegen sind sie dort gelandet. Von daher brauchen wir nicht jeden Einzelfall zu dramatisieren, wie das die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition versuchen.

Wir sollten uns vielmehr zurücklehnen und überlegen: Was haben wir in Reaktion auf schlimme Ereignisse getan?

Wir haben zum Beispiel den Ombudsmann geschaffen. Der Ombudsmann wurde von den Grünen zuerst als Mittel der Regierung, als ein Mensch, der alles unter den Teppich kehren wird, bekämpft. Kaum hat er ein Jahr gearbeitet, mussten auch die Grünen zugeben: Der Ombudsmann leistet gute Arbeit; wir sind froh, dass wir ihn haben.

(Frank Sichau [SPD]: Den Antrag dazu haben Sie auch vergessen!)

– Ich habe überhaupt nichts vergessen.

(Frank Sichau [SPD]: Natürlich!)

– Aber, Herr Sichau, Sie vergessen immer die Vollzugskommission. Die Vollzugskommission wird auch laufend über alles, was im Strafvollzug geschieht, unterrichtet. Sie schreien im Ausschuss: Der Ausschuss ist nicht informiert!, verschweigen aber, dass in aller Regel die Vollzugskommission informiert wird.

Dort herrscht – das müssen wir einmal betonen – eine unglaublich große Transparenz. Es werden Anstalten besucht; alles wird angeschaut, und zwar mit allen vertretenen Fraktionen. Nicht nur die Regierung schaut sich das an, ohne dass die Oppositi-

on mitkommen kann. Nein, die Transparenz gilt für alle. Damit ist auch der Vorwurf nicht richtig, dass wir Dinge unter den Teppich kehren.

Wenn Sie schlussendlich sehen, wie viele Rechtsausschusssitzungen wir machen, wie viel Zeit wir in unseren Debatten im Ausschuss in die Fragen des Strafvollzugs investieren, wird auch hier deutlich: Nein, es wird nichts unter den Teppich gekehrt.

Was haben wir noch gemacht? – Wir haben uns entschlossen, die elende Unterversorgung mit Plätzen in den Justizvollzugsanstalten zu beenden. Wir fangen an zu bauen. Das haben Sie nicht gemacht.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Ganz im Gegenteil, haben Sie in den Anstalten – zu wenig an der Zahl – das Personal noch zusammengestrichen. Da mussten wir korrigierend eingreifen. Ich möchte nicht wissen, wie es in unseren Anstalten aussehen würde, wenn wir das sozialdemokratisch-grün geprägte Programm vollzogen hätten. Wir hätten weniger Justizvollzugsbedienstete. Wir hätten mehr Enge. Wir hätten mehr Gewalt. Wir hätten weniger vollstreckte Strafen. Und damit hätten wir eine gestiegene Kriminalität in diesem Land.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn man sich dann noch überlegt, dass Sie von der Opposition beim Thema Justizvollzugsamt geschrien haben: „Um Gottes Willen, wenn Sie das auflösen, dann haben wir Chaos im Vollzug!“

(Frank Sichau [SPD]: Ja!)

Wir haben es aufgelöst. Haben wir Chaos? – Nein, wir haben kein Chaos. Im Gegenteil, wir haben mehr Leute in die Anstalten gebracht. Die machen dort Arbeit vor Ort. Wir haben auch einige ins Ministerium geholt, und wir haben einige, die wir da gar nicht mehr brauchen. Das ist eine vernünftige Art und Weise, auch einmal neu nachzudenken und nicht immer nur die Dinge, die man in 30 Jahren sozialdemokratischer Regierung gemacht hat, weiter zu machen. Nein: Wir denken neu, und das ist gut für dieses Land.

(Beifall von der FDP)

Kollege Giebels hat gesagt, wir modernisieren. – Ja. EDV-Programme, über die Sie fast Jahrzehnte lang diskutiert haben, vom Handelsregister über Grundbuch: Alles klappte nie. Meine Damen und Herren, ich kann als Anwalt sagen: Seit einigen Jahren klappt unwahrscheinlich viel, auch online, und das ist ein Verdienst der Justizpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Wer hat denn das Handelsregister eingeführt? Vergessen Sie das bitte nicht!)

– Ja, Sie haben damit begonnen, aber die Frage ist, seit wann es denn ordentlich funktioniert. Darüber müssen Sie einmal nachdenken.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen von Frank Sichau [SPD])

Auch haben wir reagiert, wenn es darum ging, dass Gerichte zu wenig Stellen hatten. Wir haben einen Ausgleich zwischen Verwaltungsgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit erreicht, wir haben Ausgleich zwischen Verwaltungsgerichten, die unterschiedlich belastet waren, erreicht, wir haben erst jüngst neue Stellen für Richter und Staatsanwälte in diesen Haushalt eingebracht, gerade auch wegen der Bekämpfung der Jugendkriminalität. Sie sehen, wir reagieren auf die Probleme, wir sehen diese Probleme und wir werden alles das tun, was wir im Rahmen dieses Haushaltes machen können.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mehr wissen wollen, so können wir das gerne im Ausschuss diskutieren; denn ich halte nichts von diesen ritualisierenden Reden, die hier vorgetragen werden. Die interessieren im Moment weniger SPD-Abgeordnete, als sonst im Rechtsausschuss sind. Von daher sollten wir die Debatte dort weiterführen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Düker das Wort. Bitte schön.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Giebels, auch wenn Sie es nicht glauben: Respekt für Ihren Antrag. Das muss man sagen: 55 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte in dieser Situation zu schaffen, da haben Sie sich in Ihrer Fraktion ganz tapfer geschlagen. Das muss man einmal sagen und auch wertschätzen können. Zwar ist das ein Tropfen auf den heißen Stein, aber es kommt in der Justiz sehr positiv an und bringt Entlastung. Das muss man der Fairness halber sagen. Ich weiß, wie schwierig es ist, so etwas in der eigenen Fraktion auch durchzubringen. Von daher, meine ich, kann man einen Pluspunkt geben.

(Beifall von der CDU)

Auf der einen Seite haben Sie sich vielleicht beim Richterbund ein dickes Lob eingefangen und Ihre Zielgruppe, Frau Ministerin, die Sie mit Demonstrationen vor dem Landtag in den letzten Jahren arg gebeutelt hat,

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein!)

wieder einmal etwas befriedet. Wir haben im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen auch gesagt, dass Richterstellen fehlen. Und wir hatten die Sozialgerichtsbarkeit thematisiert. Sie tun jetzt etwas. Von daher: richtige Entscheidung!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite muss man aber sagen, Sie haben sich beim Strafvollzug in diesem Haushaltsjahr mehr als zurückgehalten. Vor dem Hintergrund, dass wir im letzten Jahr mehrfach, auch durch Anträge, Anhörungen, Fachgespräche und durch den Bericht des Ombudsmanns, die angespannte Situation unseres Strafvollzugs thematisiert haben, enttäuscht es mich, dass Sie dieses Thema für dieses Haushaltsjahr, wie ich finde, zu Unrecht links liegen lassen.

Was hat uns der Ombudsmann in seinem Bericht deutlich gemacht? – Er sagt, eines der zentralen Themen des Strafvollzugs, was die Probleme nur widerspiegelt, die da herrschen, ist der extrem hohe Krankenstand der Bediensteten. Noch in der letzten Ausschusssitzung wurde uns in Bezug auf Gelsenkirchen deutlich gemacht, dass dort bis zu 20 % der Beschäftigten krank sind. Im Jahr 2007 waren durchschnittlich 10,7 % der Beschäftigten im Vollzug krank, wobei es Spitzen in einzelnen Anstalten wie eben Gelsenkirchen mit 20 % gab.

Am Bericht des Ombudsmanns wurde deutlich, was beklagt wird, nämlich dass die Belastung für die Gesunden immer weiter steigt und sich diese Spirale weiter dreht, dass die Regeneration Langzeitkranker absolut defizitär ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass er kaum eine Anstalt gefunden hat, in der die Beschäftigten diese Probleme nicht vorgetragen haben und nicht über eine enorme Anspannung und Belastung durch diese Dinge geklagt haben.

Außerdem werden die Auswirkungen auf die Gefangenen und die Bedeutung für das Betriebsklima ganz klar, wenn man eine solche Krankenquote hat. Jedes Unternehmen, das eine solche Krankenquote hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss sich doch fragen, was sich ändern muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann kam in der letzten Ausschusssitzung die Antwort – Frau Ministerin, ich weiß nicht, ob Sie es beantwortet haben oder Herr Mainzer –: Na ja, gut, dann müssen wir belastbarere Beschäftigte einstellen. – Also müssen wir bei den Beschäftigten die Frustrationstoleranz erhöhen – das finde ich zynisch –,

(Widerspruch von der CDU)

anstatt die Faktoren im Vollzug, die diese Menschen krank machen, zu ändern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also die Antwort fand ich etwas blamabel angesichts der Situation, die uns auch der Ombudsmann ganz klar und schonungslos mit seinem Bericht auf den Tisch gelegt hat.

Dann die Zunahme drogenabhängiger und psychisch auffälliger Gefangener: Die Beschäftigten

sagen, dass sie damit nicht mehr klarkommen, dass Sie Fortbildung brauchen. In unserem Fachgespräch – das Protokoll dazu habe ich herausgesucht – wurde uns das durch die Studie von Dr. Carl-Ernst von Schönfeld, die auch Sie kennen, Frau Ministerin, wissenschaftlich belegt. Er hat uns auf Nachfrage deutlich gesagt, dass mit seiner Studie wissenschaftlich sauber belegt ist, dass 50 % der Inhaftierten unter Suchterkrankungen leiden und insgesamt 80 % unter außerhalb der Justizvollzugsanstalten geltendem Blickwinkel tatsächlich eine psychiatrische Diagnose bekommen würden.

Das zeichnet ein Bild von unserem Strafvollzug, das alarmierend ist, Herr Giebels. Da muss man reagieren. Mit diesem Haushalt haben Sie auf diese angespannte Situation nicht reagiert. Aus meiner Sicht wäre das aber dringend notwendig gewesen. Der letzte Satz aus dem Bericht des Ombudsmanns bringt es, meine ich, auf den Punkt:

Die Bediensteten brauchen Perspektiven. Nur dann können sie auch den Gefangenen die Perspektiven geben, die diese immer wieder nachhaltig angeht haben. – Genau das. Wie soll das denn bei fehlenden Arbeitsstellen – auch das eine Bilanz aus dem Bericht –, fehlender Strukturierung des Tagesablaufs, fehlender Schuldnerberatung gelingen? Die Personalsituation im Sozialdienst ist defizitär. Es gibt 130 Psychologen für fast 18.000 Gefangene, die, wie ich gerade darstellte, erhöhte psychiatrische Auffälligkeiten aufweisen und unter Suchterkrankungen leiden.

Meine Damen und Herren, wie soll man unter solchen Bedingungen dem Anspruch an einen Behandlungsvollzug und dem Ziel des Strafvollzugsgesetzes gerecht werden, diese Menschen zu reintegrieren, diese Menschen zu befähigen, ein Leben ohne Straftaten zu führen? Wie soll das denn gelingen, wenn man in dieser angespannten Situation einfach so weitermacht?

Aus meiner Sicht hätte mit diesem Haushalt ein klares Signal kommen müssen in Richtung Sozialdienste, Herr Giebels.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben – das ist ja richtig – nach Siegburg in den Jugendvollzug viel Personal gerade aus den Fachdiensten hineingesteckt. Ich nehme nur den Sozialdienst, die Sozialarbeiter. Dass wir da langsam in Richtung ein Sozialarbeiter auf 40 jugendliche Gefangene kommen, ist richtig. Aber uns sagen die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus dem Sozialdienst ganz klar: Das geht zulasten des Erwachsenenvollzugs.

Frau Ministerin, wenn Sie auf die in einer Kleine Anfrage gestellte Frage: „Was stellen Sie sich für einen bedarfsgerechten Personalschlüssel für den Vollzug im Bereich Sozialdienst vor?“, antworten, dass Sie einen Schlüssel von einem Sozialarbeiter auf 100 bis 180 Gefangene in U-Haft und einem

Sozialarbeiter/eine Sozialarbeiterin auf 75 bis 140 Gefangene im geschlossenen Erwachsenenvollzug, dann bedeutet das zunächst eine deutliche Erhöhung der Fallzahlen gegenüber dem Iststand in einigen Anstalten und dann ist das die Verabschiedung von einem qualifizierten Behandlungsvollzug im Bereich des Erwachsenenvollzugs.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir hier solche Zahlen auch noch als adäquat hinstellen.

Ein anderes Beispiel: Sie nennen ein Ziel von einem Sozialarbeiter zu 90 in den Therapievorbereitungsabteilungen. Wie wollen Sie die Leute auf Therapie vorbereiten, wenn ein Sozialarbeiter 90 Gefangene zu betreuen hat? Da bilden sich Subkulturen. In den Wohngruppen bilden sich Strukturen, die Sie dann gar nicht mehr kontrollieren können.

Im Bereich der Justiz haben Sie für Entlastung gesorgt. Zu Recht bedanken sich hier Richter und Staatsanwälte bei Ihnen, dass ein bisschen Luft geschaffen wurde. Im Strafvollzug jedoch ist keine Entwarnung in Sicht. Da scheint es weniger Lobby zu geben. Ich warne dringend davor, Herr Giebels, Herr Dr. Orth, dass im Strafvollzug nicht wieder darauf gewartet wird, dass so etwas wie in Siegburg passiert, sondern dass präventiv gearbeitet wird, dass wir hier eine adäquate Ausstattung erhalten, damit die Idee der Reintegration, die Idee des Behandlungsvollzugs auch wirklich umgesetzt werden kann. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Jetzt hat Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Unser Thema ist heute der Haushalt, und an dieses Thema möchte ich mich halten.

Die Justiz hat den in Nordrhein-Westfalen unbedingt notwendigen Prozess der Haushaltskonsolidierung und Haushaltssanierung mitgetragen, auch wenn damit schmerzhaft Einschnitte verbunden waren und harsche Kritik aus den Reihen der Berufsvverbände laut geworden ist.

Mit der Koalitionsvereinbarung haben sich CDU und FDP zugleich dem Ziel verpflichtet, die Funktionsfähigkeit der Justiz zu stärken. Anders als mancher dies darzustellen versuchte, war dies kein leeres Versprechen. Die Koalitionsfraktionen waren sich des hohen Wertes der Justiz als Garant des Rechtsstaates jederzeit bewusst und daher auch bereit, Personalverstärkung dort vorzunehmen, wo dies zur Sicherheit der Rechtspflege und Intensivierung der Strafverfolgung erforderlich ist.

Ich erinnere zum Beispiel an 120 gestrichene kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst. Ich erinnere an ca. 150 gestrichene kw-Vermerke und 330 neue Stellen im Strafvollzug. Ich erinnere an 400 Stellen für befristet Beschäftigte im mittleren Dienst, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sozial, wie Sie immer sind, über zehn Jahre lang hingehalten haben, haben arbeiten lassen, ohne ihnen Sicherheit zu geben mit allen Folgen für die persönliche Sicherheit und für die Familien dieser Beschäftigten.

Meine Damen und Herren, der Ihnen zur Beratung vorliegende Haushaltsentwurf ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Koalitionsfraktionen der Justiz den Stellenwert geben, den sie verdient und braucht. Die Schaffung von 90 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte ist vorgesehen. Unter Berücksichtigung der erheblichen Zahl der schon in den Vorjahren erhaltenen und neu geschaffenen Stellen ist der von der rot-grünen Vorgängerregierung massiv betriebene Stellenabbau im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestoppt. Die Kehrtwende ist vollzogen.

Dafür, meine Damen und Herren der Regierungsfaktionen, danke ich Ihnen im Namen aller in der Justiz Tätigen und auch derjenigen, die sich an die Justiz wenden, um Recht zu suchen, und hier auf einen effektiven Strafvollzug vertrauen.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass das Signal, das hiervon ausgeht, in der Justiz verstanden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer täglichen Aufgabenerfüllung weiter motivieren wird. Die neuen Stellen sind schwerpunktmäßig zur Intensivierung der Bekämpfung der Jugend- und Wirtschaftskriminalität und zur Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit vorgesehen. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität ist ein Kernanliegen der Landesregierung, die weiß, dass null Toleranz gegenüber Jugendkriminalität sich nicht zum Nulltarif verwirklichen lässt.

Die vorgesehene Schaffung neuer Stellen gibt den notwendigen Raum, um die von der Justiz bereits ergriffenen Maßnahmen und eingeleiteten Initiativen nachhaltig zu verstärken und dauerhaft zu sichern. Ebenso gilt es, die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die der Volkswirtschaft jedes Jahr beträchtliche Schäden zufügt und deren negative Auswirkungen vielfach nicht auf Einzelne beschränkt bleiben, dauerhaft zu intensivieren. Ich bin mir sicher, dass uns dies mit den vorgesehenen personellen Verstärkungen im Haushalt 2009 gelingen wird.

Meine Damen und Herren, die Justiz in Nordrhein-Westfalen wird heute und weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens, ja sogar Deutschlands hinaus als moderner effizient arbeitender Dienstleister wahrgenommen. Um diesen hohen Standard zu halten und auszubauen, bedarf es motivierter und

engagierter Mitarbeiter wie auch der tatkräftigen Unterstützung durch Parlament und Politik.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch zwei Worte zur Drogentherapie, Drogenbetreuung im Strafvollzug und zum psychologischen und Sozialdienst sagen.

Wir setzen die Mittel für die externe Drogenberatung zielgenau und deshalb erfolgreich ein. Das belegen alle Zahlen. Herr Sichau, Sie können so oft, wie Sie wollen, versuchen, es wegzudiskutieren.

(Frank Sichau [SPD]: Es ist so!)

Wir setzen seit 2007 fast 40 % mehr Mittel ein als 2005.

Auch im psychologischen und Sozialdienst sind wir nicht untätig geblieben. 26 Stellen wurden 2007 und 2008 geschaffen, nachdem bereits im Nachtragshaushalt 2005 nahezu 50 kw-Vermerke überwiegend aus diesem Bereich gestrichen worden sind.

Aber, meine Damen und Herren, das Rückgrat eines Strafvollzuges, eines Behandlungsvollzuges ist und bleibt ein guter allgemeiner Vollzugsdienst. Den haben wir, und den entwickeln wir weiter in Aus- und Fortbildung.

Frau Abgeordnete Düker, das selektive Wahrnehmungsvermögen in diesem Bereich ist schon fast bewundernswert. Aber den Krankenstand muss man etwas differenzierter betrachten. Das tun wir. Wir untersuchen den Krankenstand, wir ermitteln die Ursachen für den Krankenstand

(Monika Düker [GRÜNE]: Stellen Sie es ab!
Und was tun Sie dagegen?)

und gehen diese Ursachen durch Beratung und Coaching an.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung zum Einzelplan 04.

Wir stimmen jetzt ab, und zwar zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 04.

Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8480**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Keiner. – Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Koalitionstimmen **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8481**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und

FDP. Enthaltungen? – Keine. – Also mit Mehrheit der Koalitionstimmen **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8482**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. – Mit der Mehrheit der Koalitionstimmen **abgelehnt**.

Dann rufe ich auf den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8483**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und der Abgeordnete Sagel. – Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 04, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8004**. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **beschlossen** und der **Einzelplan 04 angenommen**.

Meine Damen und Herren, damit sind alle Einzelpläne beraten, und wir kommen zur **Schlussabstimmung**, und zwar erstens über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 Drucksachen 14/7000 und 14/7900. Ich weise darauf hin, dass es hierzu eine **Beschlussempfehlung** und einen Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der **Drucksache 14/8000** gibt. Die Beratungen darüber haben wir bereits gestern geführt. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der vorgenannten Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf Drucksachen 14/7000 und 14/7900 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das das **Haushaltsgesetz 2009 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weise darauf hin, dass es jetzt noch eine **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2009 Drucksache 14/7000 und 14/7100** und des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2009 Drucksache 14/7002 und 14/7100** an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung gibt. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegen-